

Flüchtlinge und Einheimische

Wie kann ausreichend Wohnraum geschaffen werden?

Viele Menschen glauben, dass ihnen die Flüchtlinge den bereits heute knappen Wohnraum streitig machen könnten. Was kann getan werden, um schnell günstigen Wohnraum für Einheimische und Flüchtlinge bereitzustellen?

Heutiger Wohnungsmarkt: Unter Geiern

Tatsächlich hat die Zahl der bezahlbaren Wohnungen in Deutschland dramatisch abgenommen. Noch 2002 gab es hierzulande einen Bestand von 6 Mio. Sozialwohnungen. Seitdem wurde in wahren Privatisierungssorgien dafür gesorgt, dass heute davon nur noch 1,4 Millionen übrig geblieben sind. Und jedes Jahr fallen weitere 60.000 mit steuerlichen Mitteln finanzierte Wohnungen aus der Sozialbindung heraus. Gleichzeitig hat die Politik dafür gesorgt, dass der soziale Wohnungsbau finanziell vollkommen ausgehungert wurde.



Sozialen Wohnungsbau fördern

Der soziale Wohnungsbau muss wieder mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden. Die 500 Mio. Euro, die auf dem Flüchtlingsgipfel Ende September 2015 für diesen Zweck zugesagt wurden, sind dagegen noch nicht einmal der bekannte Tropfen auf den heißen Stein.

Man muss weiterhin dafür sorgen, dass die Millionen Wohnungen, die sich private Immobilienkonzerne in den letzten Jahren unter den Nagel gerissen haben, wieder in günstigen Wohnraum rückverwandelt werden. Man könnte beispielsweise eine hohe Strafsteuer für überbelegten übermäßigen Immobilienbesitz verhängen. Wenn dann die Konzerne nichts mehr in die Wohnungen investieren, sollte man sie enteignen.

Geld ist reichlich vorhanden

Aber haben wir auch das Geld, um einen öffentlichen sozialen Wohnungsbau zu bezahlen? Ja, es ist reichlich vorhanden – es ist nur ungleich verteilt. Die reichsten 10 Prozent der Deutschen besitzen 63 Prozent des hiesigen Vermögens von 8,8 Billionen Euro. Zu diesen Superreichen gehören z.B. die Familien Scheffler (Wälzlager) mit 20 Mrd. Euro oder Klatten-Quandt (BMW) mit 26,5 Mrd. Euro.

Durch das bewusste Offenhalten von bekannten Steuerlöchern für Unternehmen und Besserverdienende gehen dem Staat schätzungsweise jährlich 50 Mrd. durch die Lappen. Seit Jahrzehnten liegt die Wiedereinführung der Vermögenssteuer auf Eis. Eine Rückkehr zu den Höchstsätzen bei Einkommenssteuer und Kapitalsteuern auf das Niveau zu Zeiten der Kohlregierung brächte dem Fiskus jährlich ca. 50 Mrd. Und transnationale Konzerne können dank des Stillhaltens der verantwortlichen Politiker durch die Verschiebung ihrer Gewinne in Steueroasen ihre Steueraufkommen in Richtung Null „optimieren“. All das ist seit Jahren bekannt. Getan wird nichts von Seiten jener Politikerkaste, die sich primär als Dienstleister für die vermögende kleine Oberschicht in diesem Land versteht. Es bleibt das Fazit:

Die Integration der Flüchtlinge durch die Schaffung von Wohnraum ist möglich

Wir brauchen eine Politik, die die sozialen Nöte der Mehrheit der Bevölkerung ins Zentrum ihres Handelns stellt und Schluss macht mit der Reichtumspflege zugunsten einer kleinen reichen Oberschicht, die schon jetzt nicht weiß, wohin mit ihrem vielen Geld!

DGB Kreisverband Schwäbisch Hall